

# NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 14.12.2007, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

## Anwesenheit:

**SPD:** Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebir, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

**CDU:** Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

**GRÜNE:** Dr. Baumann, Busch, Dorn, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Pistor, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

**Marburger Linke:** Gottschaldt, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Metz, Schäfer

**FDP:** Sawalies, Schwebel

**MBL:** Ludwig, Dr. Uchtmann

## Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel  
Bürgermeister Dr. Kahle  
Stadträtin Dr. Weinbach

## Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträtin Dr. Amend-Wegmann  
Stadtrat Biver  
Stadträtin Laßmann  
Stadträtin Müller-Wickenhöfer  
Stadtrat Rehlich  
Stadtrat Reinhard  
Stadträtin Schulze-Stampe  
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek  
Stadtrat Sprywald  
Stadtrat Stötzel

## **Es fehlten entschuldigt:**

Stadtrat Hertlein, Stadtverordnete Adsan (Marburger Linke), Prof. Dr. Dingeldein (FDP)

**Schriftführer:** Oberamtsrat Wagner

## Protokoll

### zu 1 **Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt besonders den ehemaligen hessischen Minister des Innern Dr. Herbert Günther, der heute die Stadtverordnetenversammlung als Gast besucht.

---

### zu 2 **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30. November 2007 ist allen Stadtverordneten zugegangen. Änderungswünsche werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

### zu 3 **Ergänzungen der Tagesordnung**

Zur heutigen Tagesordnung liegen vier Dringlichkeitsanträge vor, die bereits in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates vorbereitet wurden.

#### **1. Dringlicher Antrag aller Fraktionen betr. Post in Ockershausen**

Zu diesem ehemaligen CDU-Dringlichkeitsantrag spricht zunächst der Oberbürgermeister für den Magistrat. Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters erklären die antragstellenden Fraktionen den Antrag für erledigt. Eine Aufnahme in die Tagesordnung ist somit nicht mehr erforderlich.

#### **2. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Äußerungen zur Marburger Altenhilfe**

Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt wurde in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates vereinbart, diese Vorlage einvernehmlich in die Tagesordnung aufzunehmen. Da jedoch der Wunsch nach einer Aussprache geäußert wurde, empfiehlt der Ältestenrat der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag zurückzustellen bis zur Februar-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, um sodann die Aussprache durchzuführen.

Dagegen wird nicht gesprochen.

**Der Antrag wird zurückgestellt.**

#### **3. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Jugendhaus Connex**

Die Dringlichkeit wird begründet durch die Stadtverordnete Gottschlich CDU-

Fraktion. Für den Magistrat spricht der Bürgermeister. Die Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) spricht gegen die Dringlichkeit.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP und der Fraktion Marburger Linke die Dringlichkeit. Damit ist das erforderliche Quorum von 2/3 des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

#### **4. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkauf eines Grundstücks im Bereich Stadtwald**

Für den Magistrat spricht zunächst der Oberbürgermeister. Die Dringlichkeit des Antrages wird begründet durch den Stadtverordneten Metz und den Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Fraktion Marburger Linke und der FDP die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Alle dringlichen Anträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt noch einen Überblick über die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen und empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden aus dem Hause jedoch nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt somit als genehmigt.

Außerhalb der Tagesordnung erteilt der Stadtverordnetenvorsteher dem stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) das Wort.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wulff informiert das Haus, dass Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer in diesem Monat sein 10-jähriges Jubiläum als Stadtverordnetenvorsteher begeht und geht mit einigen Worten auf das Wirken von Stadtverordnetenvorsteher Löwer in dieser Zeit ein. Anschließend überreicht Dr. Wulff im Namen des gesamten Hauses einen Blumenstrauß.

Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer bedankt sich mit einer kurzen Ansprache für diese Aufmerksamkeit.

---

#### **zu 4 Fragestunde**

---

##### **zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 1 12/2007) Vorlage: VO/1986/2007**

**Wie gewährleistet der Magistrat im Winter die Verkehrssicherheit für Fußgänger in dem abschüssigen Bereich zwischen Barfüßerstraße und**

### **Hanno-Drechsler-Platz, in dem kein Handlauf angebracht ist?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Grundsätzlich ist die Zuständigkeit für den Winterdienst in der Stadt Marburg durch die Straßenreinigungssatzung geregelt. Dies trifft auch auf die Augustinergasse und die Krebsgasse zu, die beide die Barfüßerstraße mit dem Hanno-Drechsler-Platz verbinden.

Der satzungsgemäße Winterdienst umfasst für die Grundstückseigentümer die Verpflichtung, u. a. die Gehwege und Treppen vor ihren Grundstücken von Schnee freizuhalten und bei Schnee- und Eisglätte zu streuen. Bei Straßen ohne Gehwege, ebenso in Fußgängerzonen, erstreckt sich die Verpflichtung auf die Freihaltung, bzw. Streuung eines Streifens von 2 m Breite vor dem jeweiligen Grundstück. Die Pflicht zur Verkehrssicherung, bei Schnee- und Eisglätte, geht somit auf die Grundstückseigentümer über.

Da es an den Wegen im Bereich des Brunnens auf dem Hanno-Drechsler-Platz nur einseitig Anlieger gibt, ist hier auf der Seite des Brunnens die Stadt Marburg winterdienstpflichtig. Der Winterdienst wird in diesem Bereich durch den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM) durchgeführt.

Die Einhaltung der Winterdienstpflichten wird in diesem Bereich und im restlichen Stadtgebiet durch den FD Ordnung und Straßenverkehr kontrolliert.

Eine weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit könnte nur durch zusätzliche Baumaßnahmen erreicht werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.2 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Brahms (Nr. 2 12/2007)**  
**Vorlage: VO/1987/2007**

**Der Haushaltsentwurf 2008 wurde im Internetauftritt der Stadt Marburg veröffentlicht. Haben Bürgerinnen und Bürger dieses neue Informationsangebot genutzt?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Informationsangebot wurde und wird auch weiterhin rege genutzt. Ein Vergleich mit dem Vorjahr zeigt einen leichten Anstieg der Nutzung.

Der Vorjahreshaushalt wurde seither knapp **2000** mal aufgerufen.

Die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters für 2008 wurde bereits knapp **100** mal zum lesen und zusätzlich ca. **400 Dokumente** von dieser Seite zum Studium am heimischen PC herunter geladen.

Der Vergleich zum Vorjahr zeigt, dass es sich dabei jetzt schon um knapp 25% der letzten Jahresnutzung handelt.

Insgesamt zeigt die Nutzung unserer Bürgerinnen und Bürger, dass der Informationsbedarf über dieses neue Medium vorhanden ist und für die nächsten Jahre auch in anderen Bereichen noch verstärkter angeboten werden sollte.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Brahms (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**Um 17:40 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung.**

---

**zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Brahms (Nr. 3 12/2007)  
Vorlage: VO/1989/2007**

**Wie war die Resonanz der Bürgerinnen und Bürger auf den Internet-Live-Chat des Oberbürgermeisters Vaupel zum Haushalt 2008?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Chat zum Haushaltsentwurf 2008 ist von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen worden.  
Insgesamt interessierten sich über **400 Personen** dafür, wobei fast **100 aktiv** daran teilnehmen wollten.

Es gab weiter **über 150 Zuschauer**, die diesem folgten, ohne jedoch einzugreifen.

Die Chat-Diskussion, die unter dem Stichwort "Haushaltsdiskussion" zu finden war, wurde nach dem Abschluss bisher **über 100 mal** nachgelesen.

Insgesamt wird der erste Live-Chat der Stadtverwaltung Marburg als ein großer Erfolg angesehen.

Verwaltung und Gremien werden zukünftig sicherlich auch auf diese Art unseren Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort stehen müssen.

---

**zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 4 12/2007)  
Vorlage: VO/2005/2007**

**Trifft es zu, dass der Ausbau des AquaMar am Süden zugunsten eines Ausbaus des Hallenbades Wehrda vorerst unterbleiben soll?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das trifft nicht zu. Das AquaMar soll um ein Sprungbecken erweitert werden.

---

**zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 5**

**12/2007)**

**Vorlage: VO/2006/2007**

**Hat der Magistrat Kenntnisse darüber, wie viele Kundinnen und Kunden für Gas und Strom der Stadtwerke seit 2006 gewonnen und verloren haben?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

**1. Strom**

Seit dem 1. Januar 2006 konnten 352 neue Kunden gewonnen werden, die Gesamtzahl der Stromlieferverträge im Fremdnetz beträgt damit 664 Stück, Tendenz steigend.

Im gleichen Zeitraum haben 244 Kunden einen neuen Anbieter gewählt, insgesamt werden 458 Kunden fremdversorgt.

**2. Gas**

Die Stadtwerke Marburg treten als Lieferant zurzeit nur im eigenen Netzgebiet auf, so dass neue Kunden nicht gewonnen werden konnten. Seit Markteröffnung haben 25 Kunden den Anbieter gewechselt.

---

**zu 4.6** **Kleine Anfrage des Stadtverordnetn Dr. Ralf Musket (Nr. 6 12/2007)**  
**Vorlage: VO/2007/2007**

**Kann der Magistrat Auskunft geben, warum die Straßenlampe am Wilhelm-Rabe-Weg nicht brennt? Es wäre schön, wenn man gerade in den dunklen Wintermonaten den Fußweg erhellen könnte, zumal es auch keinen Winterdienst gibt und die Lampe ja schon vorhanden ist.**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Leuchten des Wilhelm-Raabe-Weges wurden überprüft.

Alle Leuchten sind funktionstüchtig.

---

**zu 4.7** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 7 12/2007)**  
**Vorlage: VO/1990/2007**

**Kennt der Magistrat die desolate Parksituation zwischen Pestalozzistraße und Rollwiesenweg zum Südbahnhof und, was ist mit dem Abschluss der Prüfung des Anwohnerparkens passiert?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Dem Magistrat ist bekannt, dass in dem angesprochenen Bereiche ein verstärkter Parkdruck besteht.

Die Vorerhebungen zur Erstellung eines Bewohnerparkkonzeptes sind

abgeschlossen.

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung wird das Konzept den Bewohnern dieses Bereichs in der zweiten Januarhälfte vorgestellt werden.

---

**zu 4.8**      **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 8 12/2007)**  
**Vorlage: VO/2008/2007**

**Was hat die Prüfung der Parksituation neben dem Südbahnhof ergeben? Ist man mit den Besitzern des brachliegenden Geländes in Verbindung getreten?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Rahmen der Erarbeitung eines Bewohnerparkkonzeptes für das Südbahnhofsviertels werden auch die öffentlichen Parkplätze direkt am Südbahnhof in die Überlegungen mit einbezogen.

Mit dem Besitzer des brachliegenden Geländes hinter dem Südbahnhof wurde bereits Kontakt aufgenommen. Auch diese Fläche wird bei dem Bewohnerparkkonzept mit berücksichtigt.

---

**zu 4.9**      **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 9 12/2007)**  
**Vorlage: VO/1991/2007**

**Wie geht der Magistrat mit den immer größer werdenden „Saufgelagen“ von Jugendlichen im Bereich Neues Marktdreieck - Elisabeth-Blochmann-Platz - Cineplex-Kino um und welche Maßnahmen werden getroffen, dem übermäßigen Alkoholkonsum von Jugendlichen Einhalt zu gebieten?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat hat für diesen Bereich ein Alkoholverbot ausgesprochen. Die Verbots-Verfügung ist befristet bis zum 30. April 2008, um in diesem Zeitraum Erfahrungen zu sammeln.

Zusatzfragen des Stadtverordneten Heck (CDU), Severin (SPD) und Metz (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.10**      **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 10 12/2007)**  
**Vorlage: VO/1992/2007**

**Warum ist die große Anfrage der CDU zum Großbordell aus dem September noch immer nicht beantwortet?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Große Anfrage ist eingegangen am 3.9.2007 und wurde am gleichen Tage an den Fachdienst 32 zur Beantwortung weitergeleitet.

Mit Schreiben vom 12.9. teilt der Fachdienst der Stabsstelle Kommunale Gremien mit:

„Als Begründung für die Anfrage werden sich widersprechende Antworten des Oberbürgermeisters zu diesem Thema in der Vergangenheit und nicht zutreffende Aussagen des Gewerbebeamten der Stadt Marburg angeführt. Um die Anfrage korrekt und abschließend beantworten zu können, wird um Konkretisierung der Begründung gebeten.“

Dies hat der Stadtverordnetenvorsteher mit Schreiben vom 13.9. den Unterzeichnern der Großen Anfrage, den Stadtverordneten Gottschlich und Kissel, mitgeteilt.

Die vom Magistrat erbetene Konkretisierung der Begründung ist bisher nicht eingegangen. Daher hat der Magistrat die Anfrage noch nicht beantwortet.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.11      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 11 12/2007)  
Vorlage: VO/1995/2007**

**Wie viele so genannte „Risikofamilien“ werden derzeit von „Menschenskind“ begleitet und wie wird „Menschenskind“ von den Betroffenen angenommen?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Derzeit werden insgesamt sechs Familien im Projekt Menschenskind betreut. Davon leben drei Familien im Kreisgebiet und drei Familien im Bereich der Stadt Marburg.

Die Akzeptanz dieser frühen Hilfen bei den Betroffenen ist ausgesprochen gut, da diese Hilfen von denen als Unterstützung wahrgenommen werden. Lediglich bei einer Familie aus dem Kreisgebiet musste die Betreuung bzw. Begleitung beendet werden, da letztendlich keine Bereitschaft mehr vorhanden war, sich weiter auf dieses Angebot einzulassen bzw. hierbei mit zu arbeiten.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.12      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 12 12/2007)  
Vorlage: VO/1993/2007**

**Welche Maßnahmen werden Anspruchsberechtigten im Rahmen des § 10 SGB XII (Aktivierung) seitens des städtischen Sozialamtes angeboten?**



Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Vorab sei darauf hingewiesen, dass der § 10 SGB XII regelt, dass Leistungen nach diesem Buch als Dienstleistung, Geldleistung oder Sachleistung erbracht werden können. Es wird vermutet, dass der Fragesteller den § 11 SGB XII meint.

Im Rahmen der Beratung und Unterstützung, Aktivierung gem. § 11 SGB XII erhalten hilferechtigte Personen als Leistung des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Fachdienst 50 primär Hilfestellungen in praktischen Lebensfragen wie z.B. Hilfen zum Ausfüllen von Anträgen. Darüber hinaus berät der Soziale Dienst auch in Fragen der Tagesstrukturierung, wozu auch Vernetzung und die Vermittlung in niedrighschwellige Angebote z.B. Freier Träger gehört.

Mit dem Projekt „Raus ins Leben“ wurde im Rahmen des § 11 SGB XII eine Arbeitsbegleitung für Menschen im SGB XII begonnen. Zur Zeit sind 9 Personen fest eingebunden, weitere 8 befinden sich im Vermittlungsprozess. Die Zahl derjenigen, die im Beratungsprozess sind, ist zunehmend.

---

**zu 4.13**    **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 13 12/2007)**  
**Vorlage: VO/1997/2007**

**Der Oberbürgermeister hat angekündigt, dass der Sportplatz in der Weintrautstraße aufgegeben werden soll. Ist sichergestellt, dass die Sport- und Bäderkommission mit diesen Überlegungen befasst wird. bevor konkrete Planungsschritte eingeleitet werden?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es ist vorgesehen, für den 18. Februar 2008 zu einer Sport- und Bäderkommissionssitzung einzuladen.

Selbstverständlich wird sich die Kommission mit der Absicht, den Sportplatz „Weintrautstraße“ aufzugeben, befassen.

---

**zu 4.14**    **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 14 12/2007)**  
**Vorlage: VO/1994/2007**

**Das Kinderbecken im AquaMar soll erneuert werden. Hierfür waren im laufenden Jahr verschiedene Vorschläge gemacht worden. Wird die Sport- und Bäderkommission in die Planungen und die Erarbeitung eines Konzeptes einbezogen?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Da die Erneuerung des Planschbeckens im Außenbereich des AquaMar bereits im April 2008 abgeschlossen sein muss, haben schon einzelne Gespräche über die technische Ausführung zwischen den Fachdiensten 65, 74, dem Gesundheitsamt und einem Ingenieurbüro stattgefunden.

Für die Verschattung einer Teilfläche des Beckens und Beckenumganges, evtl. in Form eines Sonnensegels, werden z.Z. Angebote eingeholt.

Geplant ist die Vorstellung in der Sport- und Bäderkommission am 18. Februar 2008.

**Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von 18:01 - 18:18 Uhr. In der Pause tagt der Haupt- und Finanzausschuss, um eine letzte Abstimmung zum Haushalt 2008 vorzunehmen.**

---

**zu 5 Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2007 bis 2011, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2008 - 2. Lesung und Beschlussfassung - Vorlage: VO/1950/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Haushalt für das Jahr 2008 ausführlich beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung.

Für die heutige Beschlussfassung liegen allen Stadtverordneten folgende Unterlagen vor:

1. Liste der beantragten Einzelabstimmungen
2. Liste I. - Anträge zum Haushalt 2008, die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen wurden.
3. Liste II. - Anträge zum Haushalt 2008, die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlen wurden.
4. Übersicht Investitionsprogramm 2007 bis 2011
5. Beschlussvorlage Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2007 bis 2011, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2008

Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt orientieren sich die vereinbarten Redezeiten an der auch in den vergangenen Jahren praktizierten Regelungen. Es stehen folgende Redezeiten zur Verfügung:

|                        |            |
|------------------------|------------|
| SPD:                   | 45 Minuten |
| CDU:                   | 44 Minuten |
| Bündnis 90/Die Grünen: | 30 Minuten |
| Marburger Linke:       | 23 Minuten |
| FDP:                   | 20 Minuten |
| MBL:                   | 18 Minuten |

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Im Rahmen der Haushaltsdebatte sprechen die Stadtverordneten Becker (SPD), Dr. Wulff (CDU), Weber-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen), Metz (Marburger Linke), Schwebel (FDP), Ludwig (MBL), Dinnebier (SPD), Gottschlich (CDU), Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen), Aab (SPD), Stompfe (CDU), Götting (Bündnis 90/Die Grünen), Severin (SPD), Pfalz (CDU), Becker (SPD). Für den Magistrat und als Kämmerer spricht Oberbürgermeister Vaupel.

**Während der Aussprache hat von 19:06 Uhr bis 19:53 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dorn (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung übernommen.**

Nach der Aussprache folgen die einzelnen Beschlüsse. Zunächst ruft der Stadtverordnetenvorsteher die Liste der beantragten Einzelabstimmungen zur Abstimmung auf.

#### **Anträge der CDU-Fraktion – Verwaltungshaushalt**

|                |                                  |               |
|----------------|----------------------------------|---------------|
| 43300.700000   | Zuschüsse an verschiedene Träger | Lebenshilfe   |
| Freizeit.:     |                                  |               |
|                |                                  | + 3.820 €     |
| 43300.700000   | Zuschüsse an verschiedene Träger | Lebenshilfe   |
| FED: + 5.500 € |                                  |               |
| 43900.700000   | Zuschüsse an verschiedene Träger | SKF + 3.000 € |
| 63000.510000   | Laufende Straßenunterhaltung     | + 100.000 €   |

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und MBL, bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Enthaltung von FDP und Marburger Linken folgenden Beschluss:

**Die Anträge werden abgelehnt.**

#### **Anträge CDU-Fraktion – Vermögenshaushalt**

|                |                                  |            |
|----------------|----------------------------------|------------|
| 2110200.950000 | Planung Neubau Otto-Ubbelohde-S. | + 50.000 € |
|----------------|----------------------------------|------------|

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und MBL, bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Enthaltung von FDP und Marburger Linken folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

|                |                                       |            |
|----------------|---------------------------------------|------------|
| 5720001.950000 | Planungskosten Anbau Hallenbad Wehrda | + 30.000 € |
|----------------|---------------------------------------|------------|

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, Marburger Linken, FPD und MBL, gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

|                |                                  |            |
|----------------|----------------------------------|------------|
| 5810001.966000 | Renaturierung Lahnuferparkplätze | - 15.000 € |
|----------------|----------------------------------|------------|

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, FDL und MBL, gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

#### **Anträge CDU-Fraktion – Verpflichtungsermächtigungen**

|                |                       |               |
|----------------|-----------------------|---------------|
| 2110200.950000 | Otto-Ubbelohde-Schule | + 1.500.000 € |
|----------------|-----------------------|---------------|

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, FDP, MBL und Marburger Linken, gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

6600001.962000 Erneuerung Universitätsstraße + 25.000 €  
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen der CDU, bei Gegenstimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Marburger Linken und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Anträge der Marburger Linke – Verwaltungshaushalt**

12000.573001 Erstellung einer Klimaschutz- und  
Innovationsstrategie für Marburg + 150.000 €  
Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

20000.579000 Sonstige Sachkosten, Schulmittelfonds + 300.000 €  
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Marburger Linken, gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

30000.400000 Kulturprofil 2005 -  
Marburger Kulturentwicklungsplan + 2.600.000 €  
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Marburger Linken, gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

40010.718000 Stadtpass + 500.000 €  
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Marburger Linken, gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

90000.003000 Gewerbesteuer + 5.400.000 €  
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Marburger Linken, gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Antrag der FDP-Fraktion**

Projektstelle eines Streetworkers für Jugendliche,  
Umgebung Marktdreieck 30.000 €  
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der FDP, MBL und der Fraktion Marburger Linke, bei Nein-Stimmen der SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Antrag der MBL - Verwaltungshaushalt**

79100/711000 Zuschuss Chemikum + 5.000 €  
Mehrbedarf

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, MBL, FDP und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Antrag der MBL - Vermögenshaushalt**

6700001/960000 Straßenbeleuchtung Wiesentalweg Schröck + 25.000 €  
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, MBL, FDP und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Abstimmung über die Liste II. der vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

**Die Anträge werden abgelehnt.**

**Abstimmung über die Liste I. der vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Marburger Linken mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Die Anträge werden angenommen.**

**Abstimmung über die Gesamtvorlage zum Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2007 bis 2011, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2008**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und MBL, gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

- I. gemäß § 101 Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.) wird das vorgelegte Investitionsprogramm der Stadt Marburg für den Planungszeitraum 2007 bis 2011 mit einem Volumen von 139.552.000 € beschlossen;
- II. der Stellenplan der Universitätsstadt Marburg wird für die allgemeine Verwaltung auf 109,721 Beamten- und 606,009 Beschäftigtenstellen nach TVöD festgesetzt;
- III. aufgrund der §§ 94 ff. HGO wird folgende Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2008 beschlossen:

**Haushaltssatzung**

**der Universitätsstadt Marburg  
für das Haushaltsjahr  
2 0 0 8**

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01. April 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2006 (GVBl. 2006 I S. 666), hat die Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2007 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

**§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 wird im Verwaltungshaushalt

|                     |               |
|---------------------|---------------|
| in der Einnahme auf | 165.443.000 € |
| in der Ausgabe auf  | 165.443.000 € |

und im Vermögenshaushalt

|                     |              |
|---------------------|--------------|
| in der Einnahme auf | 35.974.000 € |
| in der Ausgabe auf  | 35.974.000 € |

festgesetzt.

**§ 2**

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2008 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird auf 825.000 € festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds

|             |           |
|-------------|-----------|
| Abteilung A | -         |
| Abteilung B | 825.000 € |

enthalten.

Der Gesamtbetrag der Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, über die im Haushaltsjahr Verträge abgeschlossen werden sollen und die in künftigen Haushaltsjahren zur Auszahlung anstehen, wird auf 2.500.000 € festgesetzt.

Die Investitionsfondskredite verteilen sich wie folgt:

|      |             |
|------|-------------|
| 2009 | 1.000.000 € |
| 2010 | 1.000.000 € |
| 2011 | 500.000 €   |

### § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2008 zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 17.912.000 € festgesetzt.

### § 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2008 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 25.000.000 € festgesetzt.

### § 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2008 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
  - a) für die land- und forst-  
wirtschaftlichen Betriebe  
(Grundsteuer A) auf 280 v. H.
  - b) für die Grundstücke  
(Grundsteuer B) auf 330 v. H.
2. Gewerbesteuer auf 400 v. H.

### § 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplanes beschlossene Stellenplan.

### § 7

#### **Über- und außerplanmäßige Ausgaben**

Gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 HGO wird dem Haupt- und Finanzausschuss die Zuständigkeit für die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben in folgenden Fällen übertragen:

| <b>Haushaltsteil</b> | <b>Überschreitung<br/>des<br/>Haushaltsansatzes<br/>ab</b> | <b>und/oder<br/>absoluter<br/>Betrag ab</b> |
|----------------------|--|---|
| Verwaltungshaushalt  | 20 %   | 10.000 €                                    |
| Vermögenshaushalt    | 10 %   | 100.000 €                                   |

Von den genehmigten Haushaltsüberschreitungen ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 100 Abs. 1 letzter Halbsatz HGO Kenntnis zu geben.

### **§ 8**

#### **Sperren**

Die Haushaltsmittel des Vermögenshaushaltes - Haushaltsansätze, Haushaltsausgabereste und Verpflichtungsermächtigungen - sind in vollem Umfang gesperrt.

Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

Übersteigt der Betrag für ein neues Projekt 500.000 €, ist die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen.

Die bisher erteilten Freigaben aus den Vorjahren behalten ihre Gültigkeit.

### **§ 9**

#### **Besondere Bestimmungen zum Stellenplan**

Die Besetzung von neuen bzw. frei werdenden Stellen wird gesperrt.

Eine Freigabe erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Darlegung der Notwendigkeit der (Wieder-) Besetzung.

Die bereits getroffenen Personalentscheidungen behalten ihre Gültigkeit.

---

zu 6

**Vertrag mit der E.ON Mitte AG wegen Kommunalrabatt und Konzessionsabgabennachzahlung  
Vorlage: VO/1833/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der



Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Dem Abschluss der vorgelegten Nachtragsvereinbarung zum Konzessionsvertrag vom 14.09.2004 zur Anpassung des Kommunalrabattes zwischen dem Magistrat der Universitätsstadt Marburg und der E.ON Mitte AG wird zugestimmt.**
  
- 2. Dem Abschluss der vorgelegten Vereinbarung zur Abgeltung von Konzessionsabgaben durch die E.ON Mitte AG an die Universitätsstadt Marburg wird zugestimmt.**

---

zu 7

**Sanierungsgebiete Nordwestliche Oberstadt und Weidenhausen  
Aktualisierter Beschluss zur Aufhebung der Satzung über die förmliche  
Festlegung der Sanierungsgebiete in dem nordwestlichen Teil der  
Oberstadt und des Stadtteils Alt-Weidenhausen  
Ersatz- und Ergänzungsgebiet Weidenhausen-Süd  
Aktualisierter Beschluss zur Aufhebung der Satzung über die förmliche  
Festlegung des Ersatz- und Ergänzungsgebietes im Stadtteil Weidenhausen  
Vorlage: VO/1838/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die als Beschlussanlage beigefügten Satzungen zur Aufhebung der Sanierungssatzung über die förmliche Festlegung der Sanierungsgebiete „Nordwestliche Oberstadt“ und „Weidenhausen“ (Entwurf v. 05.09.2007, Anlage 1) sowie zur Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Ersatz- und Ergänzungsgebietes „Weidenhausen-Süd“ (Entwurf v. 05.09.2007, Anlage 2) werden beschlossen.**

---

zu 8

**Bauleitplanung der Stadt Marburg  
Beschluss zur Teiländerung Nr. 23/2 des Flächennutzungsplanes im  
Stadtteil Wehrshausen, Aufm Gebrande  
Vorlage: VO/1901/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Teilbereich wird die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 23/2 gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.**

---

**zu 9 Bauleitplanung der Stadt Marburg  
Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 23/5 im Stadtteil  
Wehrshausen, Aufm Gebrande (II)  
Vorlage: VO/1903/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 23/5 gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.**

**Protokollnotiz:**

Auf Wunsch des Stadtverordneten Stompfe (CDU) gibt die CDU-Fraktion folgendes zu Protokoll:

Die CDU-Fraktion stimmt der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 23/5 im Stadtteil Wehrshausen zu. Unabhängig davon weist die CDU-Fraktion ausdrücklich darauf hin, dass die in der Begründung erwähnte solare Baupflicht von der CDU prinzipiell abgelehnt wird.

---

**zu 10 Solare Baupflicht  
Vorlage: VO/1909/2007**

Die Vorlage wird zurückgestellt bis zur Februar-Sitzung. Im Ältestenrat wurde vereinbart, in dieser Sitzung eine Aussprache durchzuführen. Die Vorlage soll jedoch als Kenntnisnahme behandelt werden.

**Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.**

---

**zu 11 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses  
zum 31.12.2007 des Dienstleistungsbetriebs der Stadt Marburg (DBM)  
Vorlage: VO/1918/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Theobald & Jung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Carlo-Mierendorff-Str. 15, 35398 Gießen, wird als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg bestellt.**

---

**zu 12      Wirtschaftsplan für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM) für das Geschäftsjahr 2008  
Vorlage: VO/1919/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorgelegten Wirtschaftsplan des Dienstleistungsbetriebs der Stadt Marburg (DBM) für das Geschäftsjahr 2008 zu.**

---

**zu 13      Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der Stiftung St. Jakob  
Vorlage: VO/1916/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bei Enthaltung der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2006 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 8.233.225,36 EUR festgestellt. Der erzielte Jahresüberschuss i.H.v. 128.742,47 EUR wird mit den bestehenden Verlustvorträgen verrechnet. Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2006 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Stadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.**

---

**zu 14      Wirtschaftsplan 2008 der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH  
Vorlage: VO/1954/2007**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden bis zur nächsten Sitzung.

**Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.**

---

**zu 15      Marburger Ortsrecht  
hier: Geschäftsordnung des Fahrgastbeirates für den Landkreis Marburg-Biedenkopf und die Universitätsstadt Marburg**

**Vorlage: VO/1953/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der beigefügten Geschäftsordnung des Fahrgastbeirats für den Landkreis Marburg-Biedenkopf und die Universitätsstadt Marburg wird zugestimmt.**

---

**zu 16 Dringlichkeitsanträge**

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

---

**zu 17 Kenntnisnahmen**

---

**zu 17.1 Haushalt 2007  
Unterrichtung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 28 GemHVO - 1974  
Entwicklung der Budgets 28.200 und 28.300 des FD Zentrale Jugendhilfedienste  
Vorlage: VO/1908/2007**

**Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**

---

**zu 17.2 Grundsatzpapier zum Verhältnis der Städte und Gemeinden zu den Kreisen  
Vorlage: VO/1922/2007**

**Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**

---

**zu 18 Wirtschaftsplan 2008 des Fachdienstes 74, Städtische Bäder  
Vorlage: VO/1970/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Wirtschaftsplan 2008 des Fachdienstes städtische Bäder wird**

**beschlossen.**

---

**zu 19 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses des Fachdienstes 74 Bäder für das Jahr 2007**

**Vorlage: VO/1972/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Theobald & Jung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Carlo-Mierendorff-Str. 15, 35398 Gießen, wird als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung den Jahresabschluss 2007 für den Fachdienst Bäder bestellt.**

---

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht allen Anwesenden frohe Weihnachtsfeiertage und einen angenehmen Jahreswechsel.

Die Sitzung wird geschlossen um 22:06 Uhr.

Löwer  
Stadtverordnetenvorsteher

Becker  
Vorsitzender  
der SPD-Fraktion

Stompfe  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

Wagner  
Protokoll und  
Geschäftsstelle

**Anlagen**